

**Rede
von**

Oliver Lottke, MdL

zu TOP Nr. 31

Erste Beratung

Hilfe für wohnungslose Menschen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs. 18/845

während der Plenarsitzung vom 18.05.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich morgens mit dem Zug aus meinem Wahlkreis am Bahnhof in Hannover ankomme und durch die Fußgängerzone zum Landtag laufe, begegnen mir zahlreiche Menschen, die offensichtlich obdachlos sind.

Nun ist die Begegnung mit obdachlosen Menschen für mich nichts Ungewöhnliches, da ich vor meiner Zugehörigkeit zum Niedersächsischen Landtag als Leiter einer Einrichtung in der Wohnungslosenhilfe täglich mit diesen Menschen Kontakt hatte. Dieses Bild von Obdachlosigkeit, auch in niedersächsischen Städten, ist ein Zeichen dafür, dass in unserer Gesellschaft immer noch zu viele Menschen durchs Raster fallen.

Der Zusammenhang zwischen Wohnungslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit ist unabweisbar. Daher begrüßen wir ausdrücklich das Programm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit aus der vergangenen Legislaturperiode. Besonders für obdachlose Menschen ist es fast unmöglich, einen Weg auf den Arbeitsmarkt zu finden. Entweder gibt es für sie keinen Zugang zu den Maßnahmen der Arbeitsförderung, oder die Betroffenen finden sich in den angebotenen Fördermaßnahmen nicht zurecht. Sie benötigen also ein auf sie speziell abgestimmtes Programm, um an den Arbeitsmarkt in kleinen, für sie leistbaren Schritten herangeführt zu werden. SPD und CDU machen mit diesem Antrag deutlich, dass diese Koalition auch die Schwächsten unserer Gesellschaft im Blick hat und eine Politik zum Wohle aller Menschen in Niedersachsen setzt.

Menschen, die schon lange obdachlos sind, sind oftmals einsam, ängstlich und ohne soziale Bindungen. Der Zugang zu den Regelinstrumenten des SGB II scheitert häufig schon daran, dass die Betroffenen sich nicht trauen, alleine den Weg zum Jobcenter anzutreten. Sie sind misstrauisch und haben das Gefühl, den Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Wenn schon bei diesen ersten Schritten professionelle sozialpädagogische Unterstützung fehlt, ist der Weg zur Arbeit für viele an dieser Stelle schon wieder beendet. Hinzu kommt, dass auch die Anforderungen der Maßnahmen häufig deutlich zu hoch sind.

Anrede,

was für uns relativ einfach und normal klingt – morgens pünktlich, ausgeschlafen, geduscht und mit einem Frühstück im Magen am Arbeitsplatz bereit zu stehen – ist von der Lebenswirklichkeit vieler der betroffenen Langzeitarbeitslosen meilenweit entfernt. Deswegen ist der Ansatz in diesem Antrag genau richtig, diesen Menschen ein niederschwelliges Angebot in der Zuständigkeit des Landes zu unterbreiten. Es ist sehr sinnvoll, über ein Modellprojekt zu ermitteln, wie dieser Personenkreis nachhaltig an die Fördermaßnahmen nach dem SGB II herangeführt werden kann.

Für wohnungslose Frauen ist mit Blick auf die besonderen Bedarfe ein spezielles auf sie abgestimmtes Programm zu schaffen. Während Männer als Folge der Obdachlosigkeit und der damit einhergehenden besonderen Verhaltensweisen eher aggressiv und impulsiv auftreten, agieren obdachlose Frauen ausgeprägt konflikt- und kontaktscheu. Oft gehen diese Frauen Pseudobeziehungen zu ihrem eigenen Schutz ein als Reflex aus einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber anderen Menschen.

Mir ist in diesem Antrag besonders wichtig, auf die Jobcenter hinzuwirken, dass diese von der Ermächtigung Gebrauch machen, für die Wohnungslosen nach §17 SGB II Leistungsvereinbarungen der Freien Wohlfahrtspflege zu schließen.

Warum?

Anrede,

das Gros dieses Personenkreises wird durch die bestehenden Regel-Instrumente wie gesagt nicht erreicht. Wenn für sie nachhaltig die Beschäftigungsfähigkeit erreicht werden soll, müssen sie intensiv sozialpädagogisch begleitet werden. Hier müssen sich ambulante und stationäre Hilfe eng abstimmen mit dem Ziel, die Hilfe zur Arbeit mit dem individuellen Hilfeplan zu verzahnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Einrichtung von Hygiene-Centern und speziellen Krankenwohnungen ein wichtiges Instrument zur gesellschaftlichen Integration.

Denn schon jetzt kommt es immer häufiger dazu, dass obdachlose Menschen aus dem Krankenhaus entlassen werden und pflegerischer Unterstützung bedürfen.

Anrede,

wären wir selbst die Betroffenen, hätten wir Partner, Angehörige oder Freunde, die uns bei unserer Gesundheit unterstützen. Aber genau dieses qualifizierte Netz sozialer Bindungen haben obdachlose Menschen in aller Regel nicht.

“Die Würde des Menschen ist unantastbar” – das steht im Grundgesetz und gilt auch für Obdachlose. Sich nicht waschen zu können, die eigene Kleidung nicht reinigen zu können, empfinden viele obdachlose Menschen zu Recht als entwürdigend – das allein ist ein valider Grund für die Unterstützung des Landes bei der Einrichtung von Hygiene-Centern.

Jede Obdachlosen-Biografie hat einen Punkt, an dem es möglich gewesen wäre, durch geeignete präventive Hilfen den Fall zu vermeiden. Viele kleine und tolle Projekte in Niedersachsen leisten Großartiges, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Sie sind getragen von kreativen und engagierten Menschen, und ich bin all diesen von Herzen dankbar. Unser Antrag zielt darauf, diese Menschen und die Weiterentwicklung der präventiven Angebote zu fördern. Und die guten Beispiele als “Best Practice” zur Nachahmung zu empfehlen, um die gute Arbeit zu vermehren und denen, die helfen wollen, den Schritt dazu leichter zu machen.

Anrede,

wie so oft im Leben, muss auch hier nicht das Rad neu erfunden werden: Viele Ideen sind gut geeignet, andernorts übernommen zu werden, und den dortigen Strukturen anpassbar. Dazu müssen wir die Möglichkeit zu einem fachlichen Austausch in Niedersachsen schaffen. Und zwar nicht nach Feierabend oder über eine der vielen Internet-Suchmaschinen, sondern auch in bezahlter Arbeitszeit als Fortbildung zur stetigen Qualitätsverbesserung der Arbeit für diese Menschen.

Ein letzter Punkt, er betrifft inzwischen viele Kommunen und Einrichtungen. Das weiß ich aus meinen Begegnungen mit Bürgermeistern und Besuchen. Er betrifft die Unsicherheiten im Umgang mit den in Deutschland lebenden obdachlosen EU-Ausländern. Diese spezielle Herausforderung kann nur in den Heimatländern gelöst werden und deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Europäischen Parlament und bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, Verfahren und Absicherungen zu schaffen, damit EU-Ausländer, die bei uns in Obdachlosigkeit leben, wieder in ihr Heimatland zurückkehren können und dort eine angemessene Grundsicherung zum Leben bekommen.

Anrede,

lassen Sie uns diesen Antrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Verbesserung der Integration gemeinsam voranbringen. Als Mensch mit Praxiserfahrung kann ich Ihnen versichern: Der Antrag enthält viele gute Bestandteile, um solide Brücken zu bauen, die Menschen in Obdachlosigkeit den Weg zurück in unsere Mitte führen. Denn dort ist ihr Platz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.